

Mit diesem Newsletter möchten wir aktuelle Informationen rund um das Thema Wirtschaftsdemokratie weitergeben. Er greift einzelne Themen auf und bietet die Möglichkeit, stärker über historische, regionale und internationale Beispiele aktuell zu berichten. Der nicht regelmäßig erscheinende Newsletter ist eine Ergänzung zu den bereits herausgegebenen Publikationen zum Thema.

Wie Kirche und Gewerkschaft in Ottweiler glücklich werden

Die Rechtsform der Genossenschaft als Instrument der Versöhnung?



Die katholische Marienhausklinik im saarländischen Ottweiler erfuhr 2017 bundesweite Aufmerksamkeit.

Kolleginnen und Kollegen hatten an zwei von der Gewerkschaft ver.di unterstützten Warnstreiks teilgenommen, obwohl kirchliches Arbeitsrecht eigentlich keine Streiks kennt.

“Im Saarland ist ein gutes Drittel der Krankenhaus-Standorte in katholischer Hand” (Saarbrücker Zeitung online, 12.11.2017).

INHALTSVERZEICHNIS:

1. Prolog
2. Dritter Weg
3. Die GewerkschaftsGenossenschaft
4. Katholische Kirche, Genossenschaft, Gewerkschaft
5. Protestantismus und genossenschaftlicher Gemeinsinn
6. Vernetzung als Schlüssel



1. Prolog

Thema des Warnstreiks war die prekäre Situation der Pflege in Krankenhäusern. Dabei herrscht in einem Punkt weitgehend Konsens. Dass mehr Geld und Personal Not tut, wird inzwischen von vielen mit der Pflege befassten gesellschaftlichen Gruppen gesehen. Und auch von der Saar- und Bundespolitik diskutiert. Dort werden etwa um Personaluntergrenzen für Klinikabteilungen gerungen.

Selbst der Trierer Bischof Ackermann betreibt Lobbyarbeit: "Es sei eine sehr wichtige Aufgabe von Politik und Gesellschaft, eine qualitativ hochwertige Pflege zu gewährleisten, sagte er nach einer Mitteilung des Bistums am Rande einer Veranstaltung zur Hospiz- und Palliativkultur in katholischen Einrichtungen in Trier. Dazu brauche es in der Altenhilfe, in Krankenhäusern sowie in der palliativen Versorgung und in Hospizen ausreichend Personal. „Die Politik ist gefordert, in diesen Bereichen ausdrücklich eine auskömmliche Personalbemessung sicherzustellen, die auch verlässlich refinanziert wird“, betonte der Bischof" (Ibid). Das ist nahe dran am offenen Brief der ver.di Betriebsgruppe in Ottweiler: "Die Arbeitsbelastung im Klinikalltag ist nicht länger hinnehmbar. ...Wir brauchen mehr Personal" (Arbeitnehmer. Zeitschrift der saarl. Arbeitskammer, 7/2017, S. 21).

Doch welcher Weg führt zum gelobten Land?

Hin zu einer solidarischen Gesellschaft, in der professionelle Pflege wieder Zeit für den Menschen hat und auch im nicht entlohnten familiären Bereich und Freundeskreis Sorgearbeit stressfreier vonstattengehen kann.

Nach einer Erhebung der Gewerkschaft ver.di fehlen bundesweit "162.000 Stellen in Krankenhäusern, allein 70.000 Stellen für Pflegefachkräfte. „Zur Linderung der schlimmsten Not brauchen wir sehr bald ein Sofortprogramm, damit keine Pflegekraft mehr alleine auf einer Station Dienst machen muss, vor allem nachts nicht“, sagte [ver.di-Chef] Bsirske. Außerdem müsse ausreichend Zeit für die Ausbildung eingeplant werden" (Ibid).

Und das bundesweit agierende Netzwerk Care Revolution argumentiert, ausreichende materielle und zeitliche Ressourcen für Sorgearbeit setzt etwa einen ausreichenden Mindestlohn, die Abschaffung prekärer Beschäftigungsverhältnisse, und eine Verkürzung der Erwerbsarbeitszeit voraus (Care Revolution ist eine gesellschaftliche Perspektive, in: Clara, Nr. 44, S. 42).

2. Dritter Weg

Es geht um eine adäquate Strategie für die Realität im neoliberalen Kapitalismus. Diese Realität heißt heute bei den ‚change agents‘ Gewerkschaft

und Kirche: abnehmende Mitgliederzahlen bei den meisten Gewerkschaften und geringer werdender Einfluss der Kirchen als Institutionen und Vermittler von Werten. Trotzdem klammern die Kirchen sich an das grundgesetzlich verankerte kirchliche Selbstbestimmungsrecht, welches nach ihrer Ansicht auch die Arbeitsvertragsbeziehungen mit einschließt. "Es ist die Überzeugung der Kirche, dass das antagonistische Modell von Streik und Aussperrung, von Druck und Gegendruck, der kirchlichen Dienstgemeinschaft nicht adäquat ist. Deshalb hat sie über die Gremien des ‚Dritten Weges‘ konsensuale Wege zur angemessenen Festlegung der Arbeitsbedingungen" (Ein neuer Gang nach Karlsruhe soll Klarheit bringen, in: Saarbrücker Zeitung online, 11.10.2017).



Gewerkschaften ihrerseits setzen weiterhin auf die in Deutschland historisch in unzähligen Auseinandersetzungen im kollektiven Bewusstsein der Arbeitnehmer verankerten Instrumente von Mitbestimmung und Tarifvertrag. Trotz Krise der Mitbestimmung, die sich in einer abnehmenden Zahl von mitbestimmten Betrieben ausdrückt, und einer Erosion des Systems des Flächentarifvertrags, welche sich in schwindender Tarifbindung zeigt.

Gewerkschaften und Mitarbeitervertreter kritisieren mangelnde Mitwirkungsmöglichkeiten in den Gremien des Dritten Weges. „Die Arbeitgeber machen die Spielregeln und ändern sie so, wie es ihnen passt“, bilanzierte Sonja Gathmann von der Arbeitsgemeinschaft der Mitarbeitervertretungen (AGMAV) im Diakonischen Werk Württemberg. Ihr Kollege Ralf Hubert von der AGMAV Westfalen-Lippe betonte, der ‚Dritte Weg‘ habe bewiesen, dass die Arbeitsbedingungen mit ihm nicht verbessert werden könnten. Letztlich würden die Entscheidungen einseitig von den Arbeitgebern getroffen. Das sei das Gegenteil des Konsensprinzips, das die Diakonie stets für ihren Weg kircheninterner Lohnfindung reklamieren (Dritter Weg = totes Pferd, in: gesundheit-soziales.verdi.de, 12.10.2017). „,[Der Dritte Weg] ist ein totes Pferd, das mit den neueren Entwicklungen in der Diakonie Deutschland noch einmal erschossen wurde“, sagte Berno Schuckart-Witsch von ver.di. „Es ist höchste Zeit, abzusteigen und reguläre Tarifverhandlungen mit ver.di aufzunehmen“ (Ibid).

3. Die GewerkschaftsGenossenschaft

Antagonistische Kooperation als Leitprinzip der Arbeitsbeziehungen kann aber auch heißen: ein konsensueller Weg der Entscheidungsfindung und ein Tarifvertrag sind weder praktisch noch theoretisch ein unüberbrückbarer Widerspruch - in der GewerkschaftsGenossenschaft.

Das Modell wurde im Privatsektor entwickelt. 2009 kam es zu einem ersten Vertragsabschluss: zwischen der größten Industriegewerkschaft der USA, der ‚United Steelworkers Union of America‘ (USW), einer trans-Atlantischen Gewerkschaft, die Stahlarbeiter in Großbritannien, Kanada, und den USA vertritt, und dem weltgrößten Genossenschafts-Verbund, das Mondragon-Netzwerk aus dem spanischen Baskenland. Der USW Chef Leo Gerard meinte dazu, man könne wahrscheinlich nicht morgen die Ford Werke in eine Genossenschaft umwandeln, aber doch mit einigen kleineren Zulieferbetrieben anfangen. Inzwischen ist das Modell in Unternehmen und Projekten verschiedener U.S. Bundesstaaten umgesetzt worden - aber es bedarf auch weiterer öffentlicher Unterstützung. U.S. Senator Bernie Sanders, späterer Präsidentschaftskandidat, hat dazu einschlägige Anträge in den U.S. Senat eingebracht.

Bereits lange vor dem Vertrag hatte Mondragon in seinen Genossenschaften sogenannte Sozialkomitees eingerichtet. Aus der Erfahrung heraus, dass GenossInnen, die in Aufsichtsrat und Vorstand entsandt wurden, vor allem typische Arbeitgeber-Aspekte im Blick hatten, Profitabilität, Wettbewerbsfähigkeit. Deshalb installierte Mondragon Sozialkomitees, die sich um Löhne und Arbeitsbedingungen kümmern, Dinge, die Arbeitnehmern unter den Nägeln brennen. GewerkschaftsGenossenschaften in den USA haben das Sozialkomitee zum Gewerkschaftskomitee aufgewertet. In Deutschland entspräche das am ehesten dem Betriebsrat. GenossInnen können in jedes der drei Gremien gewählt werden, aber nicht zeitgleich.

Das Modell bietet eine institutionelle Lösung für die Tatsache, dass Arbeitnehmer- und Arbeitgeberinteressen verschieden sein können. Man fühlt sich erinnert an den wichtigsten Gründervater der amerikanischen Verfassung, James Madison. Er hatte eine positive, aber doch skeptische Einstellung zur Natur des Menschen. Seine Ideen der Gewaltenteilung (‚separation of power‘) und ‚checks and balances‘ sind Rezepte gegen informelle Führer und die Trunkenheit der Macht.

In Deutschland gibt es ein ähnliches Praxisbeispiel. Seit über 20 Jahren ist die Mitarbeiterbeteiligung zentral bei der Entscheidungsfindung in der brandenburgischen Klinik Spremberg. „51 Prozent der Betreibergesellschaft sind im Besitz eines Förder-

vereins, dessen Mitglieder zu 90 Prozent Mitarbeiter des Krankenhauses sind“ (Das Krankenhaus der Mitarbeiter, in: www.taz.de, 26.04.2017). Die restlichen Anteile gehören der Kommune. Während sich der Betriebsrat positiv zur Mitarbeiterzufriedenheit äußert, scheint der Landespolitik nach wie vor das Verständnis für Pflege durch Basisdemokratie zu fehlen.

4. Katholische Kirche, Genossenschaft, Gewerkschaft

Gewerkschaften und Genossenschaften begannen als befreundete Säulen der alten Arbeiterbewegung. Nach dem zweiten Weltkrieg entfremdeten sie sich zunehmend voneinander. Die Krise der Mitbestimmung einerseits und das Entstehen neuer, stärker an sozialen und ökologischen Idealen festhaltenden Genossenschaften, die sog. 2000er Genossenschaften, andererseits, eröffnen ein neues Kapitel. Die Chance, im Gefolge der Schlecker-Pleite 2013 durch konkrete Konzepte nach dem Motto ‚saarländische Schlecker-Frauen organisieren ihren Laden als Genossenschaft‘ zu helfen, verschlief ver.di noch. Aber dann setzte der ver.di Bundeskongress 2015 doch noch ein Zeichen. Die Delegierten forderten, dass ver.di innerhalb der Gewerkschaften und zusammen mit anderen sozialen Bewegungen eine Diskussion zu Wirtschaftsdemokratie anstoßen solle.

Im Saarland brachte vor wenigen Jahren das ver.di Referat Gesundheitspolitik das Konzept eines Verbundklinikums in demokratischer Kontrolle ins Gespräch. „Nur ein Verbund, unter dem sowohl die kommunalen Krankenhäuser, die SHG-Gruppe, das Knappschaftsklinikum Saar, die Krankenhäuser der Caritas, der Diakonie, der Marienhauskliniken, des Deutschen Roten Kreuzes als auch die Universitätskliniken in Homburg zusammengeführt werden müssen, wird mögliche profitorientierte Übernahmepläne privater Betreiber wirklich verhindern können. Nur so kann auch in Zukunft sichergestellt werden, dass alle Menschen völlig unabhängig von ihrer sozialen oder gesundheitlichen Situation Zugang zu allen erforderlichen Gesundheitsleistungen im Bereich des Verbundklinikums haben“ (Für ein Verbundklinikum Saar in öffentlicher Hand, in: saar-trier.verdi.de, 12.5.2014). Diese Konstruktion hebt bewusst die Rechte der kirchlichen Eigentümer nicht auf und würde Eigentüervielfalt garantieren.

Wichtiger Teil einer demokratischen Organisation ist die Kontrolle durch einen „Aufsichtsrat, der sich aus Vertretern der Anteilseigner, der Arbeitnehmervertreter, der Krankenkassen, der im Landtag vertretenen Parteien, der Gewerkschaften, der Berufsverbände und der Arbeitskammer

zusammensetzen und eine paritätische Besetzung gewährleisten muss..." (Ibid). Laut ver.di Gewerkschaftssekretär Michael Quetting gäbe es keine Gewinne, dafür einheitliche Arbeitsbedingungen und ein wirtschaftsdemokratischer und humanistischer Anspruch.

Auch bei den Kirchen gibt es Bewegung. 2015 sprach Papst Franziskus zu 7000 Mitgliedern der italienischen Genossenschafts-Vereinigung. "Die Genossenschaftler sollen niemals an den ‚Gott Geld‘ glauben und huldigen... . Doch man müsse nun vorwärts schauen: Es gibt neue Perspektiven und neue Verantwortungen. Dazu bedarf es einer kreativen Phantasie, um Formen, Methoden und Instrumente zu finden, um die Wegwerf-Kultur zu bekämpfen" (Papst Franziskus äußert sich zu Genossenschaften, in: www.zdk-hamburg.de, 2.3.2015).

Eine solche kreative Phantasie kommt aus Hamburg. Anlässlich der drohenden Schließung von 8 der 21 katholischen Schulen Hamburgs wendet sich eine Gruppe Gläubiger in einem offenen Brief an Papst Franziskus mit der Bitte um Unterstützung. Unter den Gläubigen gibt es eine Initiative mit dem Ziel, alle katholischen Schulen in Hamburg als Genossenschaft fortzuführen, und damit das katholische Schulwesen weiter zu entwickeln (Hamburgs Katholiken bitten jetzt den Papst um Hilfe, in: www.welt.de, 13.02.2018).



Bei der Ottweiler Demonstration ‚Aufstehen für die Pflege‘ im Oktober 2017 hatte sich die Katholische Arbeitnehmer-Bewegung (KAB) Saar bereits im Vorfeld mit einem eigenen Aufruf solidarisch mit den PflegerInnen gezeigt und sich mit einer Abordnung an der Demonstration beteiligt.

Historisch finden sich viele Beispiele einer Überschneidung von Kirche, Gewerkschaft und Genossenschaft. Beispielhaft: Der ‚spiritus rector‘ der katholischen Soziallehre, Oswald von Nell-Breuning, verkörperte die Nähe zwischen Kirche, Gewerkschaft, und Genossenschaft in seiner Biographie. Als Lehrbeauftragter an der Akademie fuer Arbeit,

eine Ausbildungseinrichtung für Gewerkschaftssekretäre, als Berater des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften, oder als Berater des Wirtschaftswissenschaftlichen Instituts des Deutschen Gewerkschaftsbundes (Oswald von Nell Breuning SJ, in: www.kas.de/wf/de/37.8267).

Erinnert sei auch an den katholischen Christ und Sozialist Walter Dirks, der zusammen mit Eugen Kogon die ‚Frankfurter Hefte‘ herausgab. "Es hat im Katholizismus seit langem eine soziale Bewegung gegeben – die fing schon bei Bischof Ketteler an, der 1848 in der Paulskirche sprach. Und in der Zeit des Sozialistengesetzes waren die Katholiken und die Sozialisten die, die sich unter dem Regime Bismarcks als verfolgte Minderheit empfinden konnten" (Walter Dirks, Walter Fabian. Parallelen des Engagements, Bund-Verlag, 1984, S. 71, 72). Heute zeichnet der Walter-Dirks-Preis "Menschen und Institutionen aus, deren Leben und Arbeit im Zeichen des Brückenschlags zwischen Konfessionen, gesellschaftlichen Kräften und Parteien steht" (Wikipedia).

Saarländische Bekannte von Walter Dirks wurden stark durch radikale christliche Tendenzen im Frankreich der 1950er Jahre geprägt. Durch im Kontext der alten christlichen Gewerkschaft CFDC aufkommende Ideen der Arbeiterpriester („Action Catholique Ouvriere“), der Autonomie und Selbstbestimmung. Diese Bewegung schwappte von Paris über nach Saarbrücken und Mainz. Zu diesem Umfeld gehörten die spätere Saar-SPD Ministerin Dr. Brunhilde Peter, welche die Partei in den 1960er und 1970er Jahren gerne vorschickte, wenn öffentlich Expertise für katholische Themen nachgefragt wurde. Oder ihr Ehemann Dr. Rudi Peter, der einst Lehrer von Horst Ziegler, dem heutigen KEB-Vorsitzenden des Saarlandes, war.

Nicht zu vergessen, der Saarbrücker Werner Thoennessen, der ebenso die Etappen Paris, Saarbrücken, und Mainz mitgemacht hatte, dort aber zunehmend die Unterschiede zwischen französischer Reformtheologie und deutscher katholischer Amtskirche zu spüren bekam. "Das gesamte Umfeld [in Mainz] war ungünstig. Ich selbst konnte mich darüber mit [Studentenpfarrer] Strasser, Brunhilde und Rudi aussprechen, aber sie waren nicht so frustriert wie ich. Die durch sie vermittelte Bekanntschaft mit dem deutschen Reformkatholizismus, mit Walter Dirks und Eugen Kogon..., mit Romano Guardini, Josef Piper und Reinhold Schneider machte mir [zunächst] bewusst, dass ich auch in Deutschland Quellen für meine Aktivität finden konnte" (Werner Thoennessen. Mein Tor zur Welt, VSA, 2005, S. 49, 50). Der Optimismus war von kurzer Dauer. Thoennessen trat als Regionalsprecher der von der Kirche gestützten ‚Katholischen Deutschen Studentenvereinigung‘ zurück, Später wurde er Pressesprecher

des IG Metall Vorsitzenden Otto Brenner. Danach stellvertretender Generalsekretär des Internationalen Metallgewerkschaftsbundes IMB in Genf.

In Frankreich selbst war in der von Henri Lefebvre mitgeprägten antiautoritären ‚l'autogestion‘ Bewegung eine starke christliche Tendenz bis in die 1970er Jahre spürbar. „Es gab Leute wie Fredo Krumow, der eine radikale Variante der Synthese zwischen Glauben und gewerkschaftlich-politischer Radikalität vertrat. Er war schon bei der Gründung der CFDT dabei gewesen, hatte indirekt bei den ganzen schweren Arbeitskämpfen bei LIP in den 1970ern eine Rolle gespielt. Ein hoch gläubiger Mensch, er hat sogar ein sehr schönes Buch geschrieben, ‚Glauben‘ (‚Croire ou le feu de la vie‘)“ (L'Autogestion und LIP (Interview), in: S. Peter. Autogestion-Selbstverwaltung in Frankreich, Newsletter Wirtschaftsdemokratie, Rosa Luxemburg Stiftung Saarland, 2015). Ebenfalls in die Kämpfe für Arbeiterselbstverwaltung bei LIP involviert war der angesehene Gewerkschafter Charles Piaget. Auch er kam aus dem christlichen Milieu, der christlichen Gewerkschaft.

5. Protestantismus und genossenschaftlicher Gemeinsinn

Auf protestantischer Seite findet sich die machtvollste und nachhaltigste Verbindung zwischen Protestantismus und genossenschaftlicher Theorie und Praxis in Kanada. Dort entstand 1932 im Bundesstaat Saskatchewan die ‚Cooperative Commonwealth Federation‘ (CCF). „ Sie wurde 1944 zur Mehrheitspartei. Ihre Anführer waren protestantische Geistliche, die in der Sprache des kooperativen Commonwealth eine Vision der Social-Gospel-Bewegung sahen, die in ihren Kirchen eine Rolle spielten. Ein Baptistenpastor, Tommy Douglas, ...wurde Saskatchewan's Ministerpräsident“ (S. Peter. Der Selbstbestimmung... gehört die Zukunft, in: Broschüre zur Wirtschaftsdemokratie, Rosa-Luxemburg-Stiftung Saarland, 2016, S. 28). Nach Angaben der für die nationale Identität Kanada's wichtigen staatlichen Rundfunkgesellschaft CBC gilt heute Tommy Douglas als ‚großester Kanadier aller Zeiten‘.

„Das 1933 verabschiedete Grundsatzprogramm der nun im ganzen Land antretenden Partei, das ‚Regina Manifest‘, schließt mit dem Satz: „Keine CCF-Regierung wird innehalten bis der Kapitalismus überwunden ist und ein umfassendes Programm der Sozialisierung umgesetzt wurde, welches zur Schaffung eines kooperativen Commonwealth in Kanada führen wird“ (Ibid, S. 28). 1961 änderte die CCF ihren Namen in ‚New Democratic Party‘ (NDP). Bis heute ist es die wichtigste linke Partei und oft führende Oppositionspartei Kanadas. Die

große liberale ‚United Church‘ Kirche hatte schon früh den Ruf weg, sie sei die NDP beim Gebet.

Bill Blaikie hat diese Geschichte des Einflusses der christlichen Tradition, speziell der protestantischen intellektuellen Bewegung, auf die linke Politik Kanada's in einem 2011 veröffentlichten Buch zusammen gefasst. Es trägt den Titel: ‚The Blaikie Report: An Insider's Look at Faith and Politics‘. Der Quäker und NDP Politiker Blaikie beendete nach 30 Jahren Abgeordnetentätigkeit im nationalen Parlament als Fraktionsvorsitzender seine Karriere in Ottawa. 2007 hatten ihn seine Parlamentskollegen zum „Parlamentarier des Jahres“ gewählt.

„Heute, wo Linke nicht nur in Kanada mit organisierter Religion oft wenig anfangen können, Religion im öffentlichen Leben immer weniger vorkommt und Christen in der Politik häufig mit konservativen Parteien in Verbindung gebracht werden, erinnert Blaikie an eine andere Zeit. Und argumentiert, dass Glauben auch heute sozialistische Politik prägen kann in der Gesundheits- und Umweltpolitik, beim Freihandel, der Außenpolitik“ (Ibid, S. 29).

6. Vernetzung als Schlüssel

Unter dem Druck eines zunehmend global organisierten Marktfundamentalismus, flankiert von nationalem, ethnischen, und religiösen Fundamentalismus, gewinnt der Begriff der Vernetzung eine Schlüsselrolle. Denn einzelne Kräfte sind zu schwach, um die „Politik der Umverteilung zu Gunsten der Reichen, der Deregulierung, Privatisierung, Liberalisierung und der Umverteilung von Gesundheit, sozialer Sicherung... in eine Ware und Objekt der Spekulation“ zu stoppen (Wir brauchen gemeinsame Aktionen, saar-trier.verdi.de, 1.9.2013). Nur zusammen lassen sich Demokratie und Beteiligung als progressive Alternative organisieren. Ver.di Sekretär Michael Quetting spricht von ‚differenziertem Konsens‘. Alle sozialen Gruppen, die guten Willens sind, den Praktiken und Prinzipien des Anderen sympathisch gegenüber stehen, können in gemeinsamem Handeln neue Stärke finden.

Das wird andere und verschiedenartige Formen der Mobilisierung, des Protests und der Kommunikation erfordern. Was läßt sich lernen von Podemos, Momentum, Syriza, France Insoumise, den Demokratischen Sozialisten von Amerika; von europäischer politischer Theorie und amerikanischen ‚community organizing‘ Modellen?

Ein bereits praktizierter Vernetzungsbaustein sind ‚Entlastungs-Stammtische‘ von Beschäftigten bei Marienhaus. Und der gemeinsame ‚Mahnruf‘ von ver.di und Diözesan-Caritasverband Trier für eine

bessere Personalausstattung in Krankenhäusern ist eine vertrauensbildende Maßnahme. Aber Vernetzung auf Augenhöhe müsste auch zwischen Kirche, Gewerkschaft, und Genossenschaftsverband entwickelt werden, in ein ‚Memorandum des Verstehens‘ und einen Vertrag münden – der dann vor Ort Leitbild ist für die Schaffung von GewerkschaftsGenossenschaften.

1984 bemerkte Walter Dirks noch: “Das Band zwischen der mächtigen katholischen Kirche und dem mächtigen DGB ist nicht wirklich fruchtbar geworden” (Walter Dirks, Walter Fabian. Parallelen des Engagements..., S. 72). Zu hoffen bleibt, dass ein neuer Weg für christliche Kirchen, Gewerkschaften,

und Genossenschaften mehr als nur der Notwendigkeit geschuldet ist. Wie zitiert der Politiker Gregor Gysi den ehemaligen österreichischen Bundeskanzler Bruno Kreisky: ‚Glück ist potenzierte Zufriedenheit‘. Das muss auch in Ottweiler drin sein.

Autor: Dr. Stephan Peter, Bildungsreferent. Projekt Werkstatt Wirtschaftsdemokratie, Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung, 2018.

Themenübersicht der Newsletter „Wirtschaftsdemokratie“

1/2013: Zum Kooperationsvertrag zwischen den U.S. Stahlarbeitern und Mondragon
erschienen November 2013

<http://www.saar.rosalux.de/publication/40015/newsletter-wirtschaftsdemokratie-1.html>

2/2014: Der schwedische Meidner-Plan von 1976 und linke Wirtschaftspolitik heute
vom Februar 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD2_2014.pdf

3/2014: Prostitution und Genossenschaften

vom April 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD3_2014.pdf

4/2014: Gärtnern und die Welt verändern. eine andere Welt ist pflanzbar

vom Juni 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD4_2014.pdf

5/2014: Von der Mitbestimmung zur Wirtschaftsdemokratie

**Das Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften neu denken:
Impulse aus USA**

Reader zum Besuch von John Clay im Saarland, 2. - 6. Juni 2014

vom Juli 2014

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/newsletter_WD5_2014.pdf

6/2015: Autogestion: Selbstverwaltung in Frankreich

vom Februar 2015

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/media/Newsletter_WD6_2015.pdf

7/2015: Israel, Kibbutz & Moshav und das linke Projekt

vom September 2015

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD7_2015.pdf

8/2016: Wie Genossenschaften bei der Flüchtlingsfrage anpacken

vom März 2016

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/ls_saar/Newsletter_WD8_2016.pdf

9/2016: Eine politische Revolution in USA? Zur Präsidentschaftskampagne des Sozialisten Bernie Sanders, vom Juni 2016

<http://saar.rosalux.de/publikation/id/8912/newsletter-wirtschaftsdemokratie/>

weitere Publikationen:

Neue Wirtschaftsdemokratie im Saarland? Eine aktuelle Bestandsaufnahme

vom Dezember 2011

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/lis_saar/image/Studie_web.pdf

Eine andere Wirtschaftsweise ist möglich. Zweite Auflage, Studie zur Wirtschaftsdemokratie

vom Dezember 2012

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/lis_saar/pdf/Studie_Auflage2_2012_web.pdf

Mischfrucht - Alternative in der Landwirtschaft?

vom Juni 2013

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/lis_saar/pdf/Reader_Mischfrucht_2013_web.pdf

Küchentischhandbuch zu Wirtschaftsdemokratie

vom August 2013

http://www.saar.rosalux.de/fileadmin/lis_saar/pdf/Kuechentischhandbuch_web.pdf

Der Selbstbestimmung, nicht der Mitbestimmung gehört die Zukunft.

Denkanstöße für das Saarland

vom Dezember 2016

<http://saar.rosalux.de/publikation/id/9183/der-selbstbestimmung-nicht-der-mitbestimmung-gehört-die-zukunft/>



Herausgeber:

Peter Imandt Gesellschaft / Rosa Luxemburg Stiftung (Gisela Ruge) in Kooperation mit dem Projekt Werkstatt Wirtschaftsdemokratie (Dr. Stephan Peter)

PETER-IMANDT-GESELLSCHAFT / ROSA-LUXEMBURG-STIFTUNG-SAARLAND
FUTTERSTR. 17-19 / 66111 SAARBRÜCKEN / TEL. 0681-5953892 / WWW.PETER-IMANDT.DE